

Vortrag an den Ministerrat

Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten am 12. April 2022 in Luxemburg

Am 12. April 2022 fand in Luxemburg eine Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten statt. Behandelt wurden der jährliche Dialog über Rechtsstaatlichkeit: Länderspezifische Diskussion und die Konferenz zur Zukunft Europas. Ebenso fand ein informelles Mittagessen der Zukunftsministerinnen und -minister am Rande des RAA zum Thema digitale und grüne Transformation statt.

Jährlicher Dialog über Rechtsstaatlichkeit: Länderspezifische Diskussion

EU-Justizkommissar Didier Reynders unterstrich die Wichtigkeit der Rechtsstaatlichkeit in der EU auch vor dem Hintergrund der Situation in der Ukraine. Im Anschluss stellte er zunächst das Länderkapitel des Rechtsstaatlichkeitsberichts zu Luxemburg vor. Weiters wurden die Rechtsstaatlichkeitsberichte zu Ungarn, Malta, Niederlande und Österreich diskutiert. Bei der Diskussion betreffend Ungarn meinte ich, dass es bei der Rechtsstaatlichkeitsdiskussion nicht darum gehe, mit dem Finger aufeinander zu zeigen, sondern um die Wahrung des politischen Dialogs im Sinne der Rechtsstaatlichkeit. Zudem hob ich hervor, dass der Schutz von Journalistinnen und Journalisten zentral für eine Demokratie sei und erkundigte mich nach diesbezüglichen Erfahrungen Ungarns vor allem vor dem Hintergrund von Demonstrationen im Zusammenhang mit der Pandemie.

EU-Kommissar Didier Reynders betonte in seiner Einleitung zum Länderkapitel zu Österreich unter anderem die hohe wahrgenommene Unabhängigkeit der Justiz und die geplante Einführung eines Bundesstaatsanwalts. Im Anschluss brachte ich meine Wertschätzung für den Rechtsstaatlichkeitsmechanismus zum Ausdruck und stellte die wesentlichen Reformvorhaben (Errichtung einer Bundesstaatsanwaltschaft, Anpassungen der Regeln betreffend Parteienfinanzierung, Neustrukturierung der österreichischen Medienförderung und Einführung eines Informationsfreiheitsgesetzes) vor. Weiters erläuterte ich die 2014 in Kraft getretene Reform zur Verwaltungsgerichtsbarkeit. Darüber

hinaus betonte ich, wie wichtig der Schutz von Journalistinnen und Journalisten sei und erwähnte das Gesetzespaket gegen Hass im Netz.

Die Fragen der EU-Mitgliedsstaaten zum österreichischen Länderkapitel bezogen sich unter anderem auf die Einbindung der Zivilgesellschaft, Maßnahmen zur Gewährleistung des Funktionierens des Justizsystems während der Pandemie sowie die Möglichkeiten zur weiteren Verbesserung der Digitalisierung des Justizsystems. Ich hob hervor, dass es keinen Mangel in Bezug auf die Beteiligung der Zivilgesellschaft gebe und erwähnte auch die geplante Präsentation eines Praxisleitfadens zur Partizipation im digitalen Zeitalter. In Bezug auf ein funktionierendes Justizsystem in Zeiten von COVID-19 informierte ich darüber, dass durch den raschen Wechsel zu digitalen Verhandlungen der Zugang zu Gericht aufrechterhalten werden konnte. Zudem erwähnte ich, dass derzeit eine Prüfung stattfindet, in welcher Form digitale Verhandlungen in Zukunft unter Wahrung des Unmittelbarkeitsgrundsatzes ermöglicht werden können. Weiters führte ich aus, dass die in der strategischen Initiative „Justiz 3.0“ zusammengefassten Digitalisierungsanstrengungen weiterverfolgt und unter anderem seit Februar 2022 alle neuen strafrechtlichen Verfahren ausschließlich digital geführt werden.

Konferenz zur Zukunft Europas

Der französische Ratsvorsitz informierte zum aktuellen Stand der Konferenz und dem weiteren Vorgehen. Der Vizepräsident der Europäischen Kommission, Maroš Šefčovič betonte zudem, dass die vorgelegten Empfehlungen in der Gemeinsamen Erklärung widerspiegelt werden und eine gute Zusammenfassung sowie ein geeignetes *Follow-up* gewährleistet werden müsse, um die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger nicht zu enttäuschen.

Ich hob hervor, dass die Abschlussveranstaltung nicht als Ende des Prozesses zur Zukunftskonferenz zu verstehen sei und merkte an, dass die von Vizepräsident Šefčovič ventilierte Aufnahme einiger Vorschläge in das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission sehr positiv sei. Weiters betonte ich, dass mit den Anliegen der Bürgerinnen und Bürger verantwortungsbewusst umgegangen werden müsse und diese auch bei etwaigen Reformen der Europäischen Union zu bedenken seien.

Informelles Arbeitsmittagessen der Zukunftsministerinnen und -minister zum Thema Foresight

Im Rahmen eines auf Einladung des Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Maroš Šefčovič, abgehaltenen informellen Arbeitsmittagessens wurde der dritte jährliche Bericht über die strategische Vorschau 2022 zum Thema „Stärkere Verknüpfung des digitalen mit dem grünen Wandel“ vorbereitet.

Sonstiges

Der französische Vorsitz informierte abschließend zum außerordentlichen Europäischen Rat, der am 30./31. Mai 2022 zu den Themen Verteidigung, Energie und Ukraine tagen wird. Der nächste Rat für Allgemeine Angelegenheiten wurde daher auf den 23. Mai vorverlegt.

Sämtliche Ergebnisse der Ratstagung sind auf der Webseite des Rates (www.consilium.europa.eu) abrufbar.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

31. August 2022

Mag. Karoline Edtstadler
Bundesministerin